

OFFENBACH-POST

Offenbacher Zeitung

Dienstag, 19. Oktober 2021

Nr. 243 · D 5461 · B1 · € 1,80

Erster Kandidat

Peter Peters will neuer DFB-Präsident werden » SPORT SEITE 31

Zankapfel und Rückgrat

Zehn Jahre Landebahn Nordwest am Airport Frankfurt » HESSEN SEITE 4

Deutscher Buchpreis

Antje Rávik Strubel siegt mit „Blaue Frau“ » KULTUR SEITE 36



EIN-SPRUCH



„Ich habe meine Zweifel, dass temporäre Grenzkontrollen das Problem lösen und warne vor einer Eskalationsspirale an der deutsch-polnischen Grenze.“

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU)

NEU-ISENBURG

Ein Herzstück

Das ehemalige Gelände der Bundesmonopolgesellschaft für Branntwein wird zum Herzstück des zukünftigen Stadtquartiers Süd – mit 430 Wohnungen, Kita und Markthalle. Auf großes Interesse stießen Führungen über das Areal. » SEITE 19

MÜHLHEIM

Horror im Wald

Unheimliche Dinge passieren im Mühlheimer Wald: Bei der 5. Finsternacht, einem interaktiven Rollenspiel mit rund 130 Teilnehmern und 30 Schauspielern, galt es, nicht nur Rätsel zu lösen, sondern auch Horrormomente zu überstehen. » SEITE 15

SELIGENSTADT

Hochzeitsfesttag

Alles rund um Hochzeit und Feiern hält der Hochzeitsfesttag am kommenden Sonntag bereit. Höhepunkt ist eine Modenschau. Viele Paare verbringen ihren schönsten Tag im Städtchen, das Rathaus registriert bereits 160 Trauungen 2021. » SEITE 24

Heute	Morgen
15° / 7°	19° / 10°

GEWINNZAHLEN	SEITE 4
BÖRSE	SEITE 8
TV-PROGRAMM	SEITE 38
WETTER	SEITE 39

Pressehaus Bintz-Verlag GmbH & Co.KG
63002 Offenbach
Postfach 100263
Abonnement: ☎ 069 85008-5
Zentrale: ☎ 069 85008-0
Anzeigen: ☎ 069 85008-8
anzeigen@op-online.de
leserservice@op-online.de



4 190546 101807

Einblick in Kaffeerösterei

Zwei- bis dreimal in der Woche bekommen (von links nach rechts) Tim Hühsam, Andreas Hühsam und Röstmeister Alexandr Blednov von der Kaffeegrößtörerei A. Joerges Lieferungen aus der ganzen Welt. In ihrem Werk an der Raiffeisenstraße in Obertshausen verleihen sie den rohen Kaffeebohnen aus Afrika oder Südamerika ihr typisches Röstaroma. Wir werfen einen Blick hinter die Kulissen des Unternehmens und zeigen, wie die Grundzutat für das beliebteste Getränk der Deutschen entsteht. FOTO: JMG

» OBERTSHAUSEN SEITE 16



Bedürftige erhalten wieder Essen und Wärme

Offenbach – „Essen und Wärme für Bedürftige.“ Die ökumenischen Initiative „Soziale Not in Offenbach“ startet ihre Aktion am Montag, 1. November – traditionsgemäß in der katholischen Gemeinde St. Paul. Mit dem zentralen Projekt laden die Protagonisten Bedürftige seit 28 Jahren bis Mitte März in verschiedene Offenbacher Gemeinden ein. Ziel ist es, dazu beizutragen, dass Menschen in die Gemeinden kommen und dort ganz praktisch Nächstenliebe erfahren. Nächstenliebe, das heißt für sie: Durch Speis, Trank und Lunch-Paket etwas für den Leib der Tischgäste zu tun, und durch „Wärme“, durch ein freundliches Zugewandt-Sein, durch Bereitschaft zum Zuhören und zu Gespräch etwas für ihre Seele. mk

» OFFENBACH SEITE 11

Grüne und FDP rangeln um Finanzressort

Auch Liberale wollen Koalitionsgespräche – Parteichef sagt: Es ist keine Liebesheirat

Berlin – Rund drei Wochen nach der Bundestagswahl können die Koalitionsverhandlungen zur Bildung der ersten Ampel-Regierung auf Bundesebene beginnen. Nach SPD und Grünen stimmt am Montag auch die FDP in einer gemeinsamen Sitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion für die Aufnahme intensiver Gespräche. Die Entscheidung fiel einstimmig. „Wir begeben uns nun auf den Weg, Verantwortung für Deutschland mit zu übernehmen“, sagte Parteichef Christian Lindner in Berlin. „Deutschland braucht eine stabile Regierung, Deutschland darf nicht führungslos sein, Deutschland benötigt eine umfassende Modernisierung von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat.“ Zugleich begannen vor allem zwischen Grünen und FDP bereits un-

terschwellige Debatten über die Besetzung wichtiger Ministerien.

Lindner oder Habeck?

Vor allem um die Besetzung des Finanzressorts bahnt sich eine Auseinandersetzung zwischen Grünen und FDP an. Lindner signalisierte bereits Interesse, betonte aber zugleich, so etwas solle jetzt nicht öffentlich diskutiert werden. Die Personalie hat Streitpotenzial, denn auch Grünen-Chef Robert Habeck werden Ambitionen auf das Finanzressort nachgesagt. Das Ministerium verspricht gerade angesichts der Herausforderungen des Kampfes gegen den Klimawandel nach dem Kanzleramt die größte Gestaltungsmacht. Mehrere Spitzenpolitiker der Ampel-Parteien

versuchten, die Personaldebatte auszubremsen. SPD-Chef Norbert Walter-Borjans drängte darauf, zuerst über Inhalte zu sprechen.

Auch Lindners Parteifreund Volker Wissing bezeichnete Personaldiskussionen als verfrüht. „Natürlich müssen am Ende, wenn man Koalitionsverhandlungen abgeschlossen hat, auch Ressortfragen geklärt werden“, sagte er. „Aber die jetzt zu thematisieren, halte ich nicht nur für verfrüht, sondern auch für wenig hilfreich, weil es von den Inhaltsfragen ablenkt.“ Personaldebatten überlagerten „ganz schnell auch die politischen Gespräche“. Das helfe jetzt niemandem.

Der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Michael Kellner, erklärte im RTL/ntv-„Frühstart“: „Ich finde, über Personal muss geredet werden,

aber ehrlicherweise: Das macht man am Ende von Verhandlungen.“ Grünen-Chef Robert Habeck sagte der ARD, es gehöre „zur Fairness, zum guten Ton und auch zur politischen Klugheit“, jetzt keine Personaldebatten aufzumachen.

Bisher hatten SPD, Grüne und FDP Sondierungsgespräche geführt, um unverbindlich Gemeinsamkeiten und Differenzen auszuloten. Bei Koalitionsgesprächen, dem nun anstehenden Schritt, haben die Partner eine gemeinsame Regierung schon fest im Blick.

Lindner machte deutlich, das nun angestrebte Ampel-Bündnis sei vor der Wahl keine Wunschkonstellation gewesen und werde wohl eher ein Zweckbündnis. Es gebe nach wie vor große inhaltliche Unterschiede, bei denen

es auch in Zukunft bleiben werde. Dies erfordere von allen viel Toleranz und Bereitschaft zu „neuem Denken“.

Am Freitag hatten die Ampel-Unterhändler ein gemeinsames Ergebnispapier ihrer Sondierungsgespräche präsentiert, in dem einige Konflikte geklärt, andere Differenzen aber noch ungelöst blieben. Danach sollen wichtige Steuern wie die Einkommen- und Unternehmenssteuern nicht erhöht werden. Außerdem soll die Schuldenbremse wieder eingehalten werden. Der gesetzliche Mindestlohn soll auf 12 Euro pro Stunde steigen. Beim Klimaschutz sind unter anderem ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und ein Kohleausstieg im Idealfall schon bis 2030 geplant.

Die Koalitionsgespräche, in denen das Sondierungspapier

konkretisiert werden soll, könnten noch in dieser Woche beginnen.

Dabei wird es in den kommenden Wochen auch um den Zuschnitt und die Besetzung der einzelnen Ministerien gehen. Allerdings sollen zunächst die inhaltlichen Vorhaben des Koalitionsvertrags festgelegt werden.

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hatte im Wahlkampf stets betont, sein Kabinett solle paritätisch, also mit gleich vielen Frauen wie Männern besetzt sein. Davon zeigten sich führende FDP-Politiker nun wenig begeistert. „Bei der Besetzung von Kabinettspositionen sollte immer die Qualifikation und die Fähigkeit, ein Ministerium zu führen, eine Hauptrolle spielen“, sagte FDP-Vize Wolfgang Kubicki den Zeitungen der Funke Mediengruppe. dpa/red » SEITE 3

Ärztin: Schwangere zur Grippe-Impfung

Bei Wegfall der Maskenpflicht könnte Zahl der Infektionen steigen

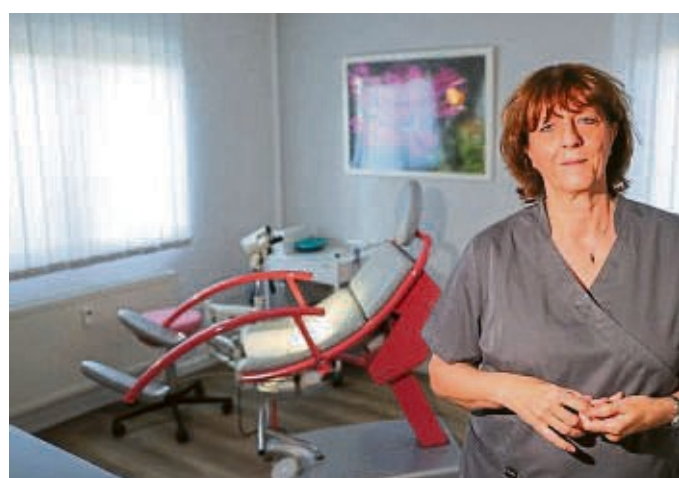
Berlin – Für Schwangere ist eine Impfung gegen Grippe in diesem Herbst laut Experten besonders wichtig. Nach der quasi ausgefallenen Welle vergangene Saison sei in diesem Jahr wieder mit mehr Erkrankten zu rechnen, sagte Cornelia Hösemann aus dem Vorstand des Berufsverbands der Frauenärzte. „Denn das Immunsystem muss erst wieder trainiert werden. Außerdem fällt bei 2- oder 3G-Regelungen die Maskenpflicht weg, so dass Infektionen, die über Tröpfchen verbreitet werden, generell wieder mehr vorkommen werden.“ Schwangere könnten freilich auch ohne Pflicht zum Selbstschutz weiter eine Maske tragen.

Schwangere sind laut der Medizinerin, die auch Mitglied in der Sächsischen Impfkommision (SIKO) ist, besonders gefährdet, wenn sie sich mit bestimmten Krankheitserregern anstecken: „Eine echte

Influenza in der Schwangerschaft kann lebensbedrohlich sein.“ Der Berufsverband spricht auch von möglichen stärkeren Fieberattacken und heftigeren Lungenentzündungen durch das Grippe-Virus sowie von Einweisungen ins

Krankenhaus und auf die Intensivstation.

Bei schweren fieberhaften Infektionen steige generell die Gefahr für frühzeitige Wehen und eine Frühgeburt, hieß es. In ihrer Praxis in Großpösna bei Leipzig werde



Cornelia Hösemann, Frauenärztin und Mitglied in der Sächsischen Impfkommision (SIKO), rät Schwangeren zur Impfung. FOTO: DPA

seit Ende September gegen Grippe geimpft, berichtet Hösemann. Teils bekämen Schwangere gleichzeitig auch den Piks gegen Covid-19, wenn sie diesen nicht schon früher erhalten hatten. Die Ständige Impfkommision (Stiko) empfiehlt die Corona-Immunisierung mit mRNA-Vakzinen für noch ungeimpfte Schwangere seit Mitte September, während sich die Sächsische Impfkommision bereits im Mai für diesen Schritt ausgesprochen hatte.

Daraufhin seien impfwillige Frauen auch aus anderen Bundesländern in ihre Praxis gefahren, sagte Hösemann. Inzwischen erhalte sie Baby-Fotos und Dankesbriefe dieser Frauen. In manch anderen Ländern wie Israel und den USA konnten sich Schwangere noch früher immunisieren lassen – während sich viele Ärzte in Deutschland ohne Stiko-Empfehlung dagegen sträubten. dpa

Moskau beendet Arbeit seiner Nato-Vertretung

Moskau – Als Reaktion auf entzogene Akkreditierungen für russische Diplomaten stellt Russland ab Anfang November die Arbeit seiner ständigen Vertretung bei der Nato in Brüssel ein. Das teilte Außenminister Sergej Lawrow am Montag mit. Auch die Arbeit des Nato-Informationsbüros in Moskau werde beendet. Zudem dürfe die Nato-Militär-

mission in Moskau nicht weiterarbeiten. Zum 1. November werden ihren Mitarbeitern die Akkreditierungen entzogen.

„Die Nato ist weder an einem gleichberechtigten Dialog noch an einer Zusammenarbeit interessiert“, sagte Lawrow. In dringenden Fällen könne sich das Militärbündnis an den russischen Botschafter in Belgien wenden. dpa

Powell starb infolge einer Corona-Infektion

Washington – Der frühere US-Außenminister Colin Powell ist infolge von Komplikationen nach einer Corona-Infektion gestorben. Powell, ein pensionierter General und einstiger Chef des Generalstabs der US-Streitkräfte, starb am Montag im Alter von 84 Jahren, wie seine Familie in einem Facebook-Post mit-

teilte. Powell sei vollständig gegen das Coronavirus geimpft gewesen, hieß es. Powell hatte Medienberichten zufolge seit Längerem gesundheitliche Probleme. „Wir haben einen herausragenden und liebevollen Ehemann, Vater, Großvater und einen großen Amerikaner verloren“, so die Familie. afp » SEITE 3